

BEGLEIT PROGRAMM

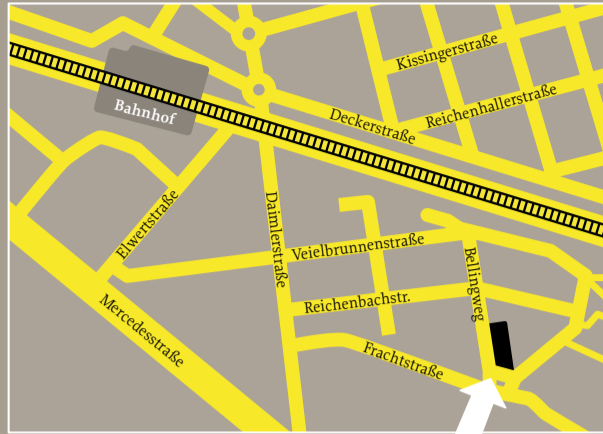
Führung durch die Ausstellung mit der Kuratorin Inken Gaukel am **Mi, 24.1. \ 17.30 Uhr, Mi, 21.2. \ 17.30 Uhr, Sa, 3.3. \ 15 Uhr und Mi, 18.4. \ 17.30 Uhr**

- Do, 25. Jan. \ 19 Uhr** **Bewegte Gesellschaft: Protest in Deutschland nach 1945**
Prof. Dr. Philipp Gassert
- Mi, 7. Feb. \ 19 Uhr** **Erfassungsangst – Erfassungslust: Vom Protest gegen die Volkszählung 1987 zu den Selbstinszenierungen in den Sozialen Medien**
Prof. Dr. Andreas Bernard
- Mi, 21. Feb. \ 19 Uhr** **Gegen alles! Punk und Protest in Stuttgart, DJ-Lecture mit Sid Steiner und Barny Trouble**
- Sa, 3. März \ 14–17 Uhr** **Tag der Archive: „Demokratie und Bürgerrechte“**
- Mi, 7. März \ 19 Uhr** **Demos in der Glotze – Die Fernsehberichterstattung**
Moderation: Dr. Wolfgang Niess
- Mi, 14. März \ 19 Uhr** **Die blinden Flecken der 68er**
Dr. Wolfgang Kraushaar
- Sa, 17. März \ 19–2 Uhr** **Lange Nacht der Museen**
Kurzführungen / Filmprogramm
- Do, 19. Apr. \ 19.30 Uhr** **Joe Bauers Flaneursalon**
- Fr, 4. Mai \ 21.30 Uhr** **Die Critical Mass zu Gast im Stadtarchiv** Protestsongs, Posen, Pop & Politik: DJ-Lecture mit Andreas Vogel

Nähere Informationen und weitere Veranstaltungen im Quartalsprogramm und auf der Webseite des Stadtarchivs Stuttgart www.stuttgart.de/stadtarchiv

Stadtarchiv Stuttgart

Bellingweg 21, 70372 Stuttgart
Telefon 0711 216-91512, Telefax 0711 216-91510
E-Mail: stadtarchiv@stuttgart.de
www.stuttgart.de/stadtarchiv



Am Samstag 3. März 2018, ist die Ausstellung anlässlich des Tages der Archive von 14 bis 17 Uhr geöffnet. An den Sonntagen 21. Januar 2018, 18. Februar 2018, 4. März 2018 und 15. April 2018 ist die Ausstellung von 11 bis 16 Uhr geöffnet.

STU^TTGART

In Kooperation mit der
Bibliothek für Zeitgeschichte

STADTARCHIV
STUTT GART



HERAUSGEBERIN Landeshauptstadt Stuttgart, Kulturamt, Stadtarchiv **ABBILDUNGEN** 1: Demonstration gegen die Räumung der besetzten Häuser in der Neckarstraße am 4.4.1989 \ 2: Demonstration und Kundgebung der IG Metall für Tarifierhöhungen am 8.12.1971 (Foto: Ellen Bailey) \ 3: Gay Freedom Day am 30.6.1979 \ 4: Fahrrademo am 28.6.1981 \ 5: Kundgebung am 1.5.1946 im Hof der Rotbühlkaserne (Foto: Arthur Wetzel, Stadtarchiv Stuttgart) \ 6: Menschenkette Stuttgart – Neu-Ulm am 22.10.1983 \ 7: Sitzblockade am EUCOM am 12.12.1982 (alle Fotos: Kraufmann, Stadtarchiv Stuttgart, außer Abb. 2 und 5) **FLVEXTEXTE** Inken Gaukel **GESTALTUNG** Katrin Schlüsener

KESSEL UNTER DRUCK

**PROTEST
IN STUTT GART
1945–1989**

**AUSSTELLUNG IM
STADTARCHIV
STUTT GART
BELLINGWEG 21
70372 STUTT GART
FOYER
14. DEZ. 17
BIS 4. MAI 18
ÖFFNUNGSZEITEN:
DI/DO/FR 9–16 UHR
MI 9–18 UHR
EINTRITT FREI**



KESSEL UNTER DRUCK. PROTEST IN STUTT GART 1945–1989

„Protest“ und „Stuttgart“ – das ist heute für viele ein junges Phänomen, verbunden mit den Auseinandersetzungen um das Verkehrs- und Infrastrukturprojekt „Stuttgart 21“. Doch diese Wahrnehmung täuscht. Entgegen dem Klischee von der spießigen Kesselmetropole entwickelten die Bürgerinnen und Bürger eine lebendige Protestkultur. Die Bandbreite reichte von Massendemonstrationen und Sitzblockaden über Einzelaktionen bis zu Kunst-Happenings. Die Proteste gegen die Teuerung nach der Währungsreform im Oktober 1948 fanden sogar Resonanz in der internationalen Presse. Die Ausstellung gibt einen ersten Überblick über die Protestgeschichte Stuttgarts seit 1945. Präsentiert werden einzelne Ereignisse, die stellvertretend für bestimmte Entwicklungen

der Protestkultur stehen. Proteste, die sich primär in Papieren und Deklarationen manifestierten wie beispielsweise gegen den Abriss des Kaufhauses Schocken, wurden nicht berücksichtigt. Ausgewählt wurden vielmehr im öffentlichen Raum wahrnehmbare Protestformen.

Geordnet sind die Proteste in der Ausstellung nach ihren Anliegen: Von der Demo direkt vor der Haustür, die eine lokale Agenda verfolgt, über Proteste mit einem gesamtgesellschaftlichen Anliegen bis hin zu Protesten, die sich mit den großen Fragen der Weltpolitik beschäftigen. Dabei werden auch Wechselbeziehungen sowohl bei den Themen wie bei den Akteuren deutlich.



Die Foyerausstellung zeigt einen etwas anderen Blick auf die Stadt und will zugleich die Grundlage für eine weitere Beschäftigung mit dem Thema bieten. Protest ist stets Teil der Entwicklung einer lebendigen Stadtgesellschaft; auch nach „Stuttgart 21“ wird es Anlässe für Proteste geben.



WELCHE STADT WOLLEN WIR?

Die Unzufriedenheit mit den Entwicklungen in ihrer Stadt beschäftigte die Stuttgarterinnen und Stuttgarter schon in den 1960er Jahren. Zunächst waren es Proteste gegen Fahrpreiserhöhungen der SSB oder gegen die Pläne, für die Erweiterung der Universität in Stuttgart-Vaihingen Teile des Pfaffenwalds abzuholzen.

Mit der Ölkrise 1973 setzte ein Bewusstseinswandel im Hinblick auf Fragen der Mobilität ein. Die bislang gefeierte „autogerechte Stadt“ geriet in die Kritik. Stattdessen rückten die Qualitäten innerstädtischen Wohnens in den Fokus. Die Rettung des Bohnenviertels mit seiner Mischung aus Wohnen, Handwerk und kleinen Geschäften wurde zu einem Musterfall. Großen Anteil daran hatten die Bewohner, die sich mit vielen kreativen Aktionen gegen Planungen wehrten, die über ihre Köpfe hinweg durchgesetzt werden sollten. Fast legendär ist der Begriff „Kaputtgart“. Unter diesem Namen versammelten sich die unterschiedlichsten Bürgerinitiativen aus dem gesamten Stadtgebiet und machten 1979 mit einer Ausstellung auf dem Karlsplatz auf sich aufmerksam. Die Öffentlichkeit bewertete den Leerstand von Wohnungen oder ganzen Häusern zunehmend kritisch: Eine der Folgen waren die Hausbesetzungen, die sich Anfang der 1980er Jahre häuften.

Mit der zweiten Ölkrise 1979/80 eroberten auch in Stuttgart die Fahrradfahrer die Stadt und forderten bessere Bedingungen ein. Proteste gegen Umweltzerstörung gingen einher mit dem Widerstand gegen große Infrastrukturprojekte. So wurde beispielsweise im Rahmen der Proteste gegen den Flughafen ausbau Mitte der 1980er Jahre auch die Frage der direkten Lebensqualität mit verhandelt.

WELCHE GESELLSCHAFT WOLLEN WIR?

Der Wunsch nach Gerechtigkeit, Chancengleichheit und nach Selbstbestimmung sowie die Angst vor dem Verlust demokratischer Werte waren über viele Jahre der Anlass für große Demonstrationen. Die Umsetzung des Radikalenerlasses von 1972, der den Zugang angeblich verfassungsfeindlicher Personen zum öffentlichen Dienst verhindern sollte, war in Baden-Württemberg besonders gründlich. Sie betraf vor allem Lehramtsstudierende und kam faktisch einem Berufsverbot gleich. Die Methoden der Überprüfung wurden mit dem Vorgehen der Nationalsozialisten verglichen und riefen massiven Widerstand hervor. Die Befürchtung der Überwachung durch den Staat und die vermutete Einschränkung der freiheitlichen Grundrechte mobilisierten in den 1980er Jahren viele Menschen gegen die Volkszählung.

Gegen die geplanten Änderungen im Hochschulrahmengesetz, die Abschaffung der verfassten Studentenschaft und die Einführung von Studiengebühren gingen die Studierenden in Stuttgart wie in den meisten anderen Hochschulstädten auf die Straße. Die Überlegungen zur Abschaffung der Geisteswissenschaften 1976/77 waren dagegen ein spezielles Stuttgarter Thema. Als Sitz der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) sowie als Pilotbezirk der Industriegewerkschaft Metall spielte das wirtschaftsstarke Baden-Württemberg schon früh eine große Rolle bei den Konflikten zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberern. Stuttgart war damit oft der Ort für Streiks und Demonstrationen, wenn es um Tarifierhöhungen ging.



Nachdem die NPD 1968 mit knapp 10 Prozent der Stimmen in den baden-württembergischen Landtag eingezogen war, kam es bei deren Parteitag Anfang Mai 1969 in den Messehallen am Killesberg zu Auseinandersetzungen zwischen antifaschistischen Gruppen und den Parteimitgliedern. Auch in späteren Jahren gab es im Zusammenhang mit der Durchführung von NPD-Parteitagen immer wieder Demonstrationen wie beispielsweise im Jahr 1989 in Stuttgart-Obertürkheim.

Zum zehnten Jahrestag der Razzien im New Yorker Stonewall Inn, heute als Christopher Street Day bekannt, fanden 1979 in vier deutschen Städten Demonstrationen und Kundgebungen statt. Neben Bremen, Köln und Westberlin gab es am 30. Juni 1979 auch in Stuttgart den Gay Freedom Day mit einer Demonstration vor dem Königsbau.



WELCHE WELT WOLLEN WIR?

Nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs und vor dem Hintergrund des Kalten Krieges entwickelte sich der „Weltfrieden“ zu einem zentralen Anliegen einer kritischen Öffentlichkeit. Pazifistische Vereinigungen wie die Deutsche Friedensgesellschaft setzten sich gegen die Wiederbewaffnung der jungen Bundesrepublik und für einen Verzicht auf Atomwaffen ein. 1958 fand in England der erste Ostermarsch überhaupt statt, der erste deutsche Sternmarsch der Atomwaffengegner führte 1960 zum Truppenübungsplatz im niedersächsischen Bergen-Hohne. Im Jahr 1962 fand erstmals im deutschen Südwesten ein Ostermarsch statt, der von Göppingen und Bietigheim kommend zur Abschlusskundgebung auf dem Stuttgarter Schlossplatz endete. Neuen Zulauf erhielten die Ostermärsche mit dem NATO-Doppelbeschluss und der damit verbundenen weiteren atomaren Aufrüstung in den 1980er Jahren.



Das European Command der Vereinigten Staaten von Amerika (EUCOM), bis 2007 das einzige US-Oberkommando außerhalb der USA, hat seit 1967 seinen Sitz in Stuttgart-Vaihingen. Von hier werden US-Truppen in ganz Europa befehligt. Entsprechend entwickelte sich das EUCOM zum symbolträchtigen Ort, den 1982 Friedensaktivisten blockierten. Für den 22. Oktober 1983 initiierte die Friedensbewegung die berühmte Menschenkette vom EUCOM nach Neu-Ulm, einem potentiellen Stationierungsort für Pershing-II-Raketen. Mit diesen gewaltfreien Protesten stand Stuttgart immer wieder im Zentrum der Aktivitäten der Friedensbewegung.

Die weltweite Empörung über den Vietnamkrieg der USA zeigte sich auch in Stuttgart mit Demonstrationen und Einzelaktionen. In Deutschland richtete sich die Kritik der Studentenschaft vor allem gegen die vorbehaltlose Unterstützung der USA durch die Bundesrepublik. So lösten auch die Versuche der USA, in Nicaragua die sandinistische, als kommunistisch verstandene Regierung zu stürzen, anti-amerikanische Solidaritätskundgebungen aus.